

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen
Nr. 121, 03.12.2010-13.12.2010

Rubriken

• **Rassismus und Islamfeindlichkeit in Europa**

Zaman, 04.12.2010, S. 5

„Deutschlands dringlichstes Problem ist die Bildung und die ungelösten Fragen in der Unterschicht.“

Der deutsche Professor und Soziologe Armin Nassehi erklärt, dass nicht die Integration eine der wichtigsten Fragen in Deutschland ist, sondern die ungelösten Probleme in der Bildung und in der Unterschicht. Laut Nassehi ist deshalb auch die Islamkonferenz nicht der richtige Ort, um Lösungen für die gegenwärtigen Probleme zu erarbeiten. Nassehi weist auf die Ergebnisse von Untersuchungen hin, dass die Integration in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erfolgreiche Ergebnisse vorzuweisen hat. Diese Ergebnisse wiederum fänden jedoch kaum Beachtung.

Die Islamwissenschaftlerin Lamyia Kaddor kritisiert, dass muslimische Migranten mit ausschließlich mit negativen Eigenschaften assoziiert werden.

Der Soziologe Nassehi hebt hervor, dass die positiven Untersuchungsergebnisse, die für Deutschland festgestellt wurden, ignoriert werden, obwohl in den letzten beiden Legislaturperioden keine Partei in der Integrationspolitik aktiv gewesen ist. Die Integration der Migranten in Deutschland ist laut Nassehi mehrheitlich erfolgreich. Der Soziologie sieht mit der Publikation von Thilo Sarrazin und den damit verbundenen Diskussionen zwar keine wesentlichen Veränderungen hinsichtlich des Themas Integration in Deutschland – Nassehi erklärt jedoch, dass sich der Ton in den Diskussionen deutlich gewandelt hat seit der Sarrazin-Debatte. Einige Politiker und Politikerinnen haben darüber hinaus durch ihre Aussagen und Kommentare, wie die von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Sarrazins Thesen unterstützt. Der Soziologe weist auf die nach wie vor ungelösten Schwierigkeiten in der Unterschicht und in der Bildungsmotivation in Deutschland hin. Für diese gesellschaftlichen Fragen

bedarf es praktischer Lösungsansätze, so Nassehi: „Der Kampf der Kulturen findet gegenwärtig zumindest auf semantischer Ebene statt,“ erklärt Nassehi.

Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor betont in ihrem Vortrag, dass sie sich selbst als Teil dieser Gesellschaft versteht. Den Muslimen in Deutschland haftet jedoch ein permanentes Negativimage an. Kaddor fühlt sich in ihrem Eindruck vor allem seit der Sarrazin-Debatte noch mehr bestätigt. In den öffentlichen Debatten in Deutschland überwiegen nach Lamya Kaddor die Themen aus der Ausländerpolitik in der Schweiz, Christian Wullf's Aussage zum Islam in Deutschland am Tag der deutschen Einheit, Necla Kelek und Warnungen vor terroristischen Anschlägen.

In den Integrationsdebatten werden unentwegt ein und dieselben Themen diskutiert. Lamya Kaddor, die auch als Lehrerin arbeitet, verweist auf die Schwierigkeiten von Schülerinnen und Schüler bei der Ausbildungsplatzsuche hin, weil sie ihre Muttersprache eben nicht ausreichend beherrschen. Kaddor erinnert daran, dass die Muslime in den USA ausgesprochen erfolgreich sind: „Für eine erfolgreiche Integration ist nicht der Glaube wichtig, sondern die Bildung.“

33% der Deutschen haben einer Umfrage zufolge keinen Kontakt zu Muslimen, erklärt die Islamwissenschaftlerin weiter: „Die Integration kann aber nur durch Bemühungen beider Seiten erfolgreich verlaufen.“

Obwohl die Islamphobie in Deutschland keine Vergangenheit besitzt und ein Phänomen aus der jüngsten Zeit ist, befindet sie sich bereits auf ihrem gesellschaftlichen Höhepunkt, so Kaddor.“

Sabah, 06.12.2010, S. 20

Rechtsrutsch im wohlhabenden Deutschland

„Einer Untersuchung zufolge steigt vor allem in der wohlhabenden Bevölkerungsschicht in Deutschland die Tendenz zum Rassismus und zur Fremdenfeindlichkeit. Der an der Universität in Bielefeld lehrende Professor Wilhelm Heitmeyer führt seit neun Jahren Untersuchungen über Vorurteile in der Bevölkerung durch. Laut den neuesten Untersuchungsergebnissen zufolge haben seit zwei Jahren vor allem rassistische Ansichten unter der wohlhabenden Bevölkerung zugenommen. Heitmeyer erklärt, dass aufgrund der großen Finanzkrise auch die Wohlhabenden um ihren Besitz bangen. Das erste Mal werden sozial schwächere Menschen als potenzielle Konkurrenten wahrgenommen. Die deutsche Elite blicke herabwürdigend auf die Schichten unter sich herab.

Arbeitslose sind wertlos

Heitmeyer erklärt, dass Wohlhabende gegenüber Arbeitslosen besonders starke Vorurteile besitzen. Demnach sind Menschen, die seit längerem arbeitslos sind, nutz- und wertlos.

Sozial Schwache werden als potenzielle Konkurrenten wahrgenommen

Heitmeyer hebt besonders die Ergebnisse in der Untersuchung mit Hinblick auf die Finanzkrise hervor. Demzufolge hat sich unter der wohlhabenden Schicht ein hohes Verlustempfinden breit gemacht, da der persönliche Besitz keine Garantie mehr bietet. Aus diesem Grund werden sozial schwächere Menschen als potenzielle Konkurrenten wahrgenommen.

Schwindender Respekt

Die wohlhabende deutsche Bevölkerung verschließt sich laut Heitmeyer in ihren wirtschaftlichen Status. Auch würde der respektvolle Umgang untereinander, den vor allem diese Bevölkerungsschicht widerspiegelte, zunehmend schwinden.“

Hürriyet, 04.12.2010, S. 15

Feridun Zaimoğlu:

„Mit der Islamophobie verdienen sie Geld.“

„Der Schriftsteller Feridun Zaimoğlu (46) hat im Interview mit dem Hamburger Abendblatt Fragen zum Islam und zur Angst vor dem Islam beantwortet. Auf die Frage des Blattes, weshalb die Deutschen Angst vor dem Islam haben erklärt der Schriftsteller: „Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens hat in den letzten Jahren eine mediale Mobilisierung gegen den Islam stattgefunden, indem sinnlose Behauptungen über den Islam verbreitet worden sind. So entsteht folglich der Eindruck, als ob alle Probleme weltweit auf den Islam zurück zu führen wären. Dazu werden Koransuren herangezogen, welche die Beispiele und Begründungen belegen sollen – somit wird schlicht Geld in den Medien gemacht. Der zweite Grund besteht darin, dass es natürlich Muslime in unserer Gesellschaft gibt, die sich positiver verhalten müssten. Ein Beispiel bildet der Umgang mit Frauen: Anstatt sich auf die Quellen des Korans zu beziehen, werden althergebrachte Traditionen umgesetzt. Diese haben jedoch nichts mit den Quellen im Islam zu tun. Im Koran sind Männer und Frauen gleichberechtigt. In der öffentlichen Meinung jedoch wird genau das Gegenteil davon reflektiert.“

Zaimoğlu empfiehlt den in Deutschland lebenden Muslimen, nicht jede Kritik als persönliche Beleidigung aufzugreifen: „Sich komplett in die eigenen communities zurück zu ziehen und die Umwelt als feindliche Umgebung zu begreifen ist sicherlich keine Lösung.“

Zaman, 03.12.2010, S. 4

„In Europa sind die Deutschen am stärksten islamophob“

„Einer Untersuchung der Universität Münster zufolge haben die Deutschen im Vergleich mit ihren europäischen Nachbarn die größte Angst vor einer Islamisierung und Überfremdung. Die in Deutschland überwiegende Intoleranz dem Islam gegenüber besitzt folglich negative Auswirkungen auf die Rechte der dort lebenden Muslime.

Obwohl in den meisten europäischen Ländern die Gesamtzahl der Muslime in den jeweiligen Gesellschaften nicht mehr als jeweils 5% beträgt, ist die Angst vor einer Islamisierung und einer kulturellen Überfremdung stark ausgebildet. Den Untersuchungsergebnissen zufolge sind diese Ängste am stärksten in Deutschland ausgeprägt. In den europäischen Nachbarländern ist die Toleranz dem Islam gegenüber weitaus höher. Die Befragten in Frankreich und in den Niederlanden zeigten sich darüber hinaus auch anderen Kulturen gegenüber und der religiösen Vielfalt gegenüber am aufgeschlossensten.

Der Studie „Religion und Politik“ der Universität Münster zufolge ist die Einstellung in Deutschland gegenüber dem Islam schärfer und kritischer als in den Nachbarstaaten. In Westdeutschland gaben 40% der befragten Personen an, den Islam und Überfremdung zu befürchten. In Ostdeutschland

wiederum erhöht sich diese Gesamtzahl auf über 50%. Der Leiter dieser Studie Detlef Pollack erklärte in der Zeitung Christ & Welt:

„Die Aussage, dass der Islam ein Teil von Deutschland sei ist an den Deutschen in ihrer Wahrnehmung absolut vorbeigegangen.“ Lediglich fünf Prozent der Befragten in Deutschland gaben an, dass der Islam eine tolerante Religion sei, wohingegen in Dänemark, in Frankreich und in den Niederlanden 20% der Befragten den Islam für eine tolerante Religion halten.

In den westlichen Bundesländern denken 34% der Befragten positiv über die Muslime. In den östlichen Bundesländern sind das weniger als 26%. Für die Studie sind in Deutschland, in Dänemark, in Frankreich, in den Niederlanden und in Portugal jeweils 1000 Personen befragt worden. Detlef Pollack schlussfolgert aus den Untersuchungsergebnissen, dass die Wahrnehmung des Islam dennoch überwiegend negativ ist. Pollack erklärt weiter, dass nur 30% der Befragten in Westdeutschland nichts gegen den Bau von Moscheen einzuwenden hätten. In Ostdeutschland fällt diese Zahl unter 20%. Die Zustimmung für den Bau von Minaretten und für muslimische Feiertage als offizielle Feiertage fällt noch geringer aus.

Demgegenüber sprachen sich rund 50% der Dänen für den Bau von Moscheen aus. Zwei von drei Niederländern und Franzosen und drei von vier Portugiesen sprachen sich für den Bau von Moscheen aus.“

Hürriyet, 13.12.10, S. 5

„Frankreich: Rassismus als Antwort auf das rituelle Beten auf der Straße“

„In Europa ist der steigende Rechtsruck auch in Frankreich deutlich spürbar. Nach den Burka-Debatten sind nun Muslime das Ziel der Rechtsextremen, die das Freitagsgebet in der Öffentlichkeit beten. In Paris, Myrha, Poissoniere und Odeon verrichten gläubige Muslime das Freitagsgebet auf der Straße und nicht in der Moschee. Dieses Ritual ruft die Kritik der Rechtsextremen Front National (FN) hervor: Die zukünftige Parteivorsitzende der FN Marine Le Pen kritisierte das rituelle Beten der Muslime in der Öffentlichkeit. Sie verglich die Muslime mit den Nazis in Frankreich:

„Sie beten wie es ihnen gefällt jeden Freitag auf der Straße, ohne irgendjemanden um Erlaubnis zu bitten. Diese Straßen gehören der Republik und der Öffentlichkeit. Sie besetzen unsere Straßen. Genau so wie es die Nazis im Zweiten Weltkrieg in Paris taten. In unseren Vierteln gelten neuerdings religiöse Regeln und nicht die Bedingungen der Republik. Es ist weder eine Armee noch ein einziger Soldat zu sehen – dennoch werden unsere Straßen und unser Land okkupiert.“

Kritik von den Linken und den Konservativen

Die Aussagen von Marine Le Pen riefen die Kritik von konservativen und linken Politikern in Frankreich hervor. Der Parteisprecher der Sozialistischen Partei Benoit Hamon erklärt:

„Das ist das wahre Gesicht der FN. Marine Le Pen ist genau so gefährlich wie ihr Vater Jean-Marie Le Pen. Es hat sich nichts verändert. Sie sollten nicht vergessen, dass die Kollaborateure die Rechtsextremen gewesen sind, die mit den Nazis zusammen gearbeitet hatten.“

Der Parteivorsitzende von der UMP, Jean Francois Cope, der als harter Laizist bekannt ist kritisiert:

„Marie Le Pen ist anders als ihr Vater. Die Formen ihrer Lügen sind gemäßiger. In diesem Punkt unterscheiden sie sich. Inhaltlich sind sie jedoch gleich. Sie teilen dieselbe Taktik und arbeiten für

dieselbe Bewegung.“ Cope warnt vor weiteren rechten Schüben in der Politik. Seiner Meinung nach würde Sarkozy versuchen, die Stimmen am rechten Wählerrand für sich zu vereinigen. Aus diesem Grund könnten die Diskussionen und Debatten um die nationale Zugehörigkeit wieder angefangen werden. Die Parteivorsitzende der Grünen, Cecile Dufflot, erklärt: „Die rassistischen Reden schüren den Hass und die Angst.“ Der Islamrat in Frankreich zeigte sich besorgt über die jüngsten Aussagen: „Die Muslime werden erniedrigt und beleidigt. Diese Reden führen nur dazu, Hass zu schüren.“

Obwohl Menschenrechtsaktivisten und Politiker sich gemeinsam kritisch gegen Marine Le Pen äußern, wächst ihr Erfolg unter den französischen Wählerinnen und Wählern. Neuesten Umfragen zufolge würden 27% der Wähler ihre Stimme der FN geben. Marine Le Pen und die frühere marokkanisch-algerisch stämmige Justizministerin Rachida Dati diskutierten erst vor kurzem gemeinsam in einer Fernsehshow. Die Diskussion der beiden Politikerinnen wurde von rund vier Millionen Zuschauern verfolgt.

Marine Le Pen trat in die Fußstapfen ihres Vaters, der der frühere Parteichef der Front National gewesen ist. Für das Jahr 2010 möchte die Politikerin für das Ministerpräsidentenamt kandidieren. Die Schwerpunkte ihrer Politik richten sich gegen die EU und gegen Migranten in Frankreich, die sie im Gegensatz zu ihrem Vater in einem gemäßigeren Stil zum Ausdruck bringt, womit sie weitere Wählerstimmen gewinnt.“

Hürriyet, 07.12.2010. S. 17

„Imame bilden keine Hindernisse für die Integration“

„Der Berliner Botschaftsrat für religiöse Angelegenheit Professor Ali Dere widerlegte auf einer Veranstaltung in Heidelberg die Behauptung, dass Imame die Integration von Muslimen in Deutschland behinderten:

„Voraussetzung dafür ist jedoch, dass unsere Fachmänner aus der Türkei ausreichende Sprachkenntnisse besitzen und zuvor genügend Kenntnisse über Deutschland erwerben konnten.“

Während einer Versammlung des Forums für Wissen und Politik, das in Heidelberg von türkischen Akademikern gebildet wurde, sprach ...Professor Dr. Ali Dere. Ali Dere klärte die rund 40 Teilnehmer über die Aufgaben der DITIB auf. Mit Hinblick auf die in Deutschland tätigen Imame erklärte Dere:

„Teilweise dominiert die Ansicht, dass Imame bei der Integration von Muslimen in Deutschland eher hinderlich seien. Begründet wird dies damit, dass die Imame weder über die Lebens- noch über die Arbeitsbedingungen in Deutschland genügend wüssten.“

Die nach Deutschland ausgesendeten Religionsbeauftragten müssen neben ihrer professionellen Ausbildung und ihrer sozialen Kompetenzen Deutschkenntnisse und landeskundliches Wissen vorweisen können. Professor Ali Dere erklärt hierzu: „Bevor die Religionsbeauftragten nach Deutschland kommen, werden sie in Ankara geschult und unterrichtet. Sie nehmen auch an einem speziellen Deutschkurs am Goethe-Institut in Ankara teil. Von ihnen wird erwartet, dass sie in den Gemeinden in Deutschland, in denen sie arbeiten werden, aktiv sind und sich vor allem aktiv für die Integrationsbelange ihrer Gemeindemitglieder einsetzen.“

Professor Ali Dere betont darüber hinaus, dass in vielen Gemeinden in Deutschland sowohl die Sicherheitsbehörden als auch die kirchlichen Einrichtungen von der Zusammenarbeit mit den Religionsbeauftragten sehr zufrieden sind.“

Zaman, 07.12.2010, S. 5

„Islamfeindlichkeit öffnet rechten Gruppen neue Türen“

„Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger mahnt, dass die Islamfeindlichkeit rechten Gruppen Zulauf beschert. Jäger fordert deshalb, dass die generellen Terrorverdächtigungen von Muslimen aufhören müssen:

„Die Rechtsextremen verwenden die Islamfeindlichkeit, um ihre ideologischen Ansichten, die nicht mit unserem Grundgesetz zu vereinbaren sind, zu bestärken und damit neue Möglichkeiten zu schaffen. Vor allem die NPD und Pro NRW nähren die Vorurteile gegen Muslime weiter und benutzen sie, um ihre eigenen Ziele durch zu setzen. Dadurch möchten sie sowohl rassistische als auch fremdenfeindliche Ansichten in der Bevölkerung streuen. Die Islamfeindlichkeit dient den Rechtsextremen quasi als Türöffner.“

Jäger sprach auf dem Panel „Wir oder die Scharia?“ und erklärt weiter:

„Wir sind eine demokratische Gesellschaft. Menschen, die unterschiedlichen Glaubensrichtungen angehören gehören zu unserer Gesellschaft und werden nicht ausgegrenzt.“ Innenminister Jäger bezog sich auf die Aktivitäten der NPD und der Gruppe Pro NRW im Zusammenhang mit dem Moscheebau in Duisburg-Marxloh. Das Ministerium und die DITIB haben durch ihre gemeinsame Arbeit das Ziel, der Islamfeindlichkeit deutlich entgegen zu treten:

„Wir haben die Pflicht und es ist unsere Aufgabe, die Propaganda und die Menschenfeindlichkeit der Rechtsextremen zu entlarven. Wir müssen der Entschlossenheit der Rechtsextremen mit derselben Entschlossenheit entgegen treten. Gleichzeitig wird dieses Vorgehen zu einer erfolgreichen Integration beitragen.“

Jäger nahm darüber hinaus auch Bezug auf die in Deutschland debattierte Terrorgefahr. Der Innenminister rief dazu auf, keinen Generalverdacht zu streuen:

„Die Mehrheit der in unserem Bundesland lebenden Muslime lebt hier friedlich. Es gibt nur sehr wenige Ausnahmen, die ihre Religion für den Terrorismus missbrauchen. Wir arbeiten konsequent gegen diese Gruppierungen an. Nur so können wir gewährleisten, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen in Frieden und Freiheit leben können.“

Am Kongress nahmen Teilnehmer aus der Landes- und Kommunalpolitik teil sowie Kirchenmitarbeiter, Medienschaffende und Sicherheitsexperten. Die teilnehmenden Wissenschaftler und Mitarbeiter des Landesverfassungsschutzes erklärten gemeinsam, dass das strategische Vorgehen gegen rechtsextreme Gruppierungen erfolgreich ist.

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Maria Flachsbarth (CDU) verurteilt die Angriffe auf zwei Berliner Moscheen: „Das Ziel der Täter ist, Menschen unterschiedlicher Gruppierungen in unserer Gesellschaft gegeneinander aufzubringen. Wir müssen den Brandstiftern scharf entgegen treten, die eine Gesellschaft, die in Frieden miteinander leben möchte und mit der Religionsfreiheit, zerstören wollen.“

Hürriyet, 06.12.2010, S. 13

„Neue Referenden in der Schweiz bereits in Vorbereitung – Minarettverbot und Ausweisung reichen der rechtsextremen SVP nicht“

„Die SVP plant vier neue Referenden. Zuvor wurden die Referenden über das Minarettverbot und die Ausweisung von straffälligen Ausländern verabschiedet. Das Hauptziel der SVP ist die Verschärfung der Hürden bei der Einbürgerung in der Schweiz. Die rechtsextreme schweizerische SVP plant in ihrem Referendum eine Art „Schweizer Staatsbürgerschaft auf Probe“ ähnlich dem „Führerschein auf Probe“ für Ausländer. Darüber hinaus sind Referenden mit Hinblick auf EU-Bestimmungen geplant und ein Referendum zur Treueerklärung für Migranten in der Schweiz. Der Vorsitzende der SVP Toni Brunner erklärt, dass die Themen aus der Sicherheitspolitik an erster Stelle in seiner Partei stehen:

„Die Abstimmung über die Referenden geben uns das Vertrauen der Bevölkerung wieder. Die Wähler halten uns für glaubwürdiger als die anderen Parteien.“

Seit 1970 gab es bis heute in der Schweiz 119 Volksabstimmungen. 11 Volksabstimmungen, inklusive dem Minarettverbot und der Ausweisung von straffälligen Ausländern, sind positiv verabschiedet worden. Das letzte Referendum sieht vor, dass Ausländer, die straffällig werden und mit einer Freiheitsstrafe ab einem Jahr bestraft werden, sofort in ihr Herkunftsland abzuschicken, ohne dass sie ihre Strafe in der Schweiz verbüßen.

Die SVP stellte auf ihrem Parteikongress am 5. Dezember in der Nähe von Lausanne in Coinsins ihre Parteiziele für die nächsten Jahre vor. Am Kongress nahmen rund 450 Personen teil. Mit einer breiten Mehrheit wurden folgende Parteiziele verabschiedet:

Die Schweiz soll nicht Mitglied in der EU werden, die härtere Bestrafung von Ausländern und die Einschränkung von Zuwanderung in die Schweiz und die Verstärkung der Schweizer Armee.

Die SVP plant für das Jahr 2011 30% der Stimmen bei der Nationalratswahl zu erreichen.“

Kommentar von Ismail Kul, Zaman, 07.12.2010, S. 4

„Die Schweizer mögen Ausländer – nur nicht die armen Ausländer“

„In Anbetracht des jüngsten Referendums in der Schweiz erklären einige Beobachter, dass dieses Land ausländerfeindlich ist. Die Schweizer haben bereits in der Vergangenheit für ein Minarettverbot gestimmt, obwohl es in ihrem Land nur vier Minarette gibt. Danach wurde das jetzige Referendum auf den Weg gebracht, das vorsieht, dass straffällige Ausländer, die nach einer Straftat eine Freiheitsstrafe von einem Jahr bekommen, aus dem Land ausgewiesen werden sollen. Das jüngste Referendum ist bereits auf dem Weg:

Es soll über die Staatsbürgerschaft auf Probe für Menschen, die in die Schweiz kommen, abgestimmt werden. Aber was bedeutet das alles? Sind die Schweizer ausländerfeindlich? In Deutschland gehen Beobachter davon aus, dass bei ähnlichen Referenden bspw. 68% für die Ausweisung straffällig gewordener Ausländer stimmen würden. Sind demnach auch die Deutschen gegen Ausländer?

Einerseits stimmen die Schweizer für die Ausweisung von straffälligen Ausländern. Andererseits stellt sich die berechtigte Frage, ob sie für die Ausweisung von Ausländern stimmen würden, die ihr Geld in der Schweiz bunkern und sich während der gegenwärtigen Finanzkrise kriminell verhalten haben?

Natürlich haben die Schweizer gegen letztere Ausländer nichts einzuwenden.

Weshalb auch? Sie werden nicht als Ausländer wahrgenommen. Im Grunde genommen verhält es sich sehr ähnlich in Deutschland: Die qualifizierten Fachkräfte, welche dringend benötigt werden und angeworben werden sind nicht gemeint, wenn über Ausländer gesprochen wird. Gemeint sind die, die in den untersten Schichten der Gesellschaft leben und Probleme bereiten. Es geht um Geld, es geht darum, wer gut ausgebildet ist und wer nicht und wer ein gutes Einkommen besitzt und wer eben nicht. Es gibt also einen Weg, aus dem „Ausländerstatus“ heraus zu kommen. Dieser Weg verläuft über den erfolgreichen Aufstieg. Schließlich stört sich niemand an Mesut Özil. Oder behauptet wirklich irgendjemand ernsthaft, dass die Japaner in Düsseldorf eine Parallelgesellschaft bilden? Das bedeutet, dass das „Ausländer sein“ eng mit den Diskussionen über die Unter- Mittel- und Oberschicht verbunden ist.

Diese Beschreibungen treffen aber nicht zu, wenn es sich um Muslime handelt. Die Muslime sind immer „fremdartig“ - „das Andere“ in der europäischen Geschichte – insbesondere die Türken. Auch wenn Türken wohlhabend und reich sind ist es für sie fast unmöglich, eben nicht als Ausländer wahrgenommen zu werden – es wird nur ein wenig leichter für sie, mit dem Ausländer-Image zu leben.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht – Professor Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff

